

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 29.03.2012
Sitzung Nummer:	18 (KT/18/2012)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:26 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Lothar Riedinger
Vorsitzender

Gabriela Grimm
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Arnold Bausemer

Herr Ralf Bergmann

Herr Ralf Berlin

Herr Dieter Bolle

Frau Edith Braun

Herr Detlef Braune

Herr Uwe Classe

Herr Jürgen Emanuel

Herr Marcus Graubner

Herr Hardy Peter Güssau

Herr Gerhard Imig

Herr Horst Janas

Herr Ernst Jesse

Herr Uwe Klemm

Herr Rüdiger Kloth

ab 17.26 Uhr

Herr Norbert Krebber

Herr Peter Krüger

Herr Dr. Michael Kühn

Herr Wolfgang Kühnel

Herr MR Dr. Volkmar Lischka

Herr Herbert Luksch

Herr Klaus-Peter Noeske

Herr Dr. Rudolf Opitz

Frau Christine Paschke

Frau Dr. Helga Paschke

Herr Bernd Prange

Herr Detlef Radke

Herr Günter Rettig

Herr Gerd Schlaak

Herr Waldemar Schreiber

Herr Nico Schulz

Herr Eduard Stapel

Herr Dr. Volker Stephan

Herr Bodo Strube

Herr Tilman Tögel
Herr Eike Trumpf
Herr Torsten Werner
Herr Frank Wiese
Herr Bernd Witt
Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth
Frau Annemarie Theil
Herr Carsten Wulfänger

Abwesend:

Mitglieder

Herr Dr. Jörg Böhme
Herr Gerhard Borstell
Frau Katrin Kunert
Herr Dr. Henning Richter-Mendau
Herr Tiemo Schönwald
Herr Norbert Tanne

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 17. Sitzung des Kreistages Stendal am 02.02 2012
- 5 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 17. Sitzung des Kreistages Stendal am 02.02.2012
- 6 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend
- 7 Berufung des Kreiswahlleiters für die Wahl des Landrates
Vorlage: 322/2012
- 8 Berufung des stellvertretenden Kreiswahlleiters für die Wahl des Landrates
Vorlage: 323/2012
- 9 Festlegung Wahltag, Wahlzeit und das Ende der Einreichungsfrist zur Wahl des Landrates
Vorlage: 324/2012
- 10 Stellenausschreibung für die Wahl des Landrates
Vorlage: 325/2012
- 11 Abwahl und Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 318/2012
- 12 Satzung zur Entschädigung ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter im Landkreis Stendal
Vorlage: 308/2012
- 13 Änderung der Satzung der Kreisvolkshochschule Stendal
Vorlage: 309/2012
- 14 Änderung der Geschäftsordnung der Kreisvolkshochschule Stendal
Vorlage: 310/2012
- 15 Beitritt des Landkreises Stendal zur Kommunalen IT-UNION e.G. (KITU)
Vorlage: 314/2012

- 16 Namentliche Abstimmung zum Bau der Bundesautobahn 14
- Antrag der Fraktion Landwirte für die Region -
Vorlage: 327/2012
- 17 Fortschreibung des Berichtes "Ergebnisse und Erfahrungen bei der Verringerung der Folgen
von Armut bei Kindern im Landkreis Stendal"
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 329/2012
- 18 Änderung der Ausschussbesetzung des Kreistages Stendal
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 319/2012
- 19 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Riedinger, eröffnet um 17.00 Uhr die 18. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

Er beglückwünscht Herrn Peter Zimmermann im Namen des Kreistages nachträglich zum 65. Geburtstag.

zu TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es bestehen keine Wortmeldungen.

zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 16. März 2012,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 42 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Der Vorsitzende stellt die Frage, ob es zur vorliegenden Tagesordnung Anmerkungen oder Änderungswünsche gibt?

Herr Stapel bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt 16, dem Antrag zur A 14 – Drucksache Nr. 327/2012. Diesen Antrag hätte ich gern von der Tagesordnung herunter genommen. Ich hoffe nicht, dass die Idee aufkommt, ich wollte mich nicht eindeutig positionieren. Es wissen alle, dass ich für die B 189 bin und dass die Autobahn dann überflüssig wird. Der Antrag enthält nicht, was eine klare Stellung beinhalten würde. Nur in der Begründung wird ein wenig deutlich, um was es eigentlich geht. Die Begründung wird aber nicht mit beschlossen. Darum kann der Antrag nicht auf der Tagesordnung bleiben. Man könnte also für die Autobahn oder für den Ausbau der B 189 stimmen. Das wäre eine Beschlussvorlage. Aber so ist es keine. Beides wäre auch völliger Schnee von gestern und ist nicht mehr aktuell. Deshalb mein Antrag, die Vorlage von der Tagesordnung herunterzunehmen mit der Bitte, zur nächsten Sitzung des Kreistages sie so zu schreiben, dass sie abstimmungsfähig ist.

Frau Braun vertritt diese Rechtsauffassung nicht. Gegenstand der Vorlage ist, dass die Fraktion der Landwirte den Antrag auf namentliche Abstimmung zum Bau der Bundesautobahn 14 stellt. Nun kann man natürlich philosophieren. Jeder weiß, was eine Abstimmung ist. Gemäß Gemeindeordnung und Geschäftsordnung wird mit ja, nein oder Enthaltung abgestimmt. Der Gegenstand des Antrages ist aus meiner Sicht rechtsrelevant. Darüber kann befunden werden. Über die Begründung können wir uns streiten. Die Begründung sollte man nicht so allgemein definieren. Man braucht aber auch gar keine Begründung. Eigentlich brauchen wir nur die Fragestellung, wollen wir die Autobahn oder wollen wir sie nicht? Ist es ein wirtschaftlicher Vorteil oder nicht? Wir wollen auch nicht die Allgemeinheit einbeziehen. Hier ist der Kreistag gefordert. Man soll sagen, wer dafür ist, wer dagegen und wer sich enthält. Und das reicht schon.

Herr Wiese meint, dass über zwei Dinge abzustimmen ist. Als erstes über den Antrag auf namentliche Abstimmung. Und dann wird darüber abgestimmt, wie sich die Mitglieder des Kreistages zum Bau der Autobahn positionieren. Ich denke, dass dann der Antrag korrekt ist. Wir gehen auf keinen Fall davon ab, dass wir für die namentliche Abstimmung sind.

Der Vorsitzende erklärt, dass Herr Stapel den Antrag gestellt hat, den TOP 16 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen. Hierüber ist nun abzustimmen.

Mehrheitlich, bei 14 Ja-Stimmen, 21 Neinstimmen und 1 Stimmenthaltung, ist der Antrag von Herrn Stapel abgelehnt. Somit verbleibt der TOP auf der Tagesordnung des Kreistages.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gibt es nicht. Der Vorsitzende erklärt sodann die Tagesordnung als festgestellt.

zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 17. Sitzung des Kreistages Stendal am 02.02 2012

Der Vorsitzende bemerkt, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwände gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 17. Sitzung des Kreistages Stendal am 02.02.2012 fest.

zu TOP 5 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 17. Sitzung des Kreistages Stendal am 02.02.2012

Der Vorsitzende gibt die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 17. Sitzung des Kreistages am 02.02.2012 (DS-Nr. 299/2011 und 302/2012) bekannt.

zu TOP 6 Information des Landrates über alle wichtigen Angelegenheiten, den Landkreis und seine Verwaltung betreffend

Ich wollte natürlich auch den Kreistag offiziell informieren, so der Landrat, dass ich mich nach langem Überlegen entschlossen habe, nicht noch einmal für eine weitere Amtszeit zu kandidieren. Das war eine sehr schwierige Entscheidung. Ich hatte mir zwar seit längerem vorgenommen, noch einmal eine neue berufliche Herausforderung zu suchen. Als der Zeitpunkt der Entscheidung aber näher rückte, ist es mir doch sehr schwer gefallen. Ich bin jetzt 22 Jahre in der Kommunalpolitik tätig. Vor 20 Jahren wurde ich das erste Mal zum Landrat gewählt. Das war eine sehr abwechslungsreiche, interessante Zeit. Ich möchte keinen Tag missen in dieser Arbeit. Aber mitunter war es auch recht schwierig.

Nach der Sommerpause habe ich einen OP-Termin. Ich werde dann einige Tage außer Gefecht gesetzt sein. Vorallen Dingen aber werde ich einige Wochen nicht sprechen können. Insofern braucht keiner Angst zu haben, dass ich mich lautstark in den Wahlkampf einmische.

Wenn ich heute über Ereignisse der letzten Tage und Wochen spreche, dann muss und will ich auch den Tod eines Säuglings erwähnen. Die Fraktionsvorsitzenden hatten wir darüber informiert. Sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch im Kreisausschuss ist hierüber gesprochen worden. Einige unserer Mitarbeiter wurden als Zeugen vernommen. Im Haus hat man in den letzten Tagen auch sehr intensiv noch mal darüber gesprochen. Wir sind am Überlegen, und insofern ist dieser Prozess des Auseinandersetzens mit diesem speziellen Problem noch nicht abgeschlossen, inwieweit wir noch mehr tun können und inwieweit wir das Netz noch enger spannen wollen, das so etwas zukünftig nicht mehr passiert. Aber ich möchte an dieser Stelle auch sagen, wenn wir Hilfe anbieten, muss diese Hilfe auch angenommen werden. Insofern erlauben Sie mir, wenn ich jetzt hier nichts weiter dazu sage. Wir werden Sie in den entsprechenden Ausschüssen über weitere Details noch informieren oder wenn erforderlich, Fragen beantworten.

Der nächste Punkt meines Berichtes ist der Tanzlehrer Eddi. Hier weiß jeder, worum es geht. Die Situation stellt sich als relativ kompliziert dar. Es ist ein laufender Prozess. Die Sachgebietsleiterin wurde beauftragt, noch einmal konkret das Gespräch zu suchen und bestimmte Sachen abzustimmen. Einerseits steht der rechtliche Rahmen, den wir einzuhalten habe. Andererseits haben wir vor ca. einem halben Jahr eine Rahmenvereinbarung zur Integration unterzeichnet. Dazwischen bewegen wir uns. Und wenn es den sogen. Ermessensspielraum gibt, dann denke ich, werden wir den in jedem Fall auch ausnutzen und ausschöpfen.

Zusammen mit der Stadt Stendal haben wir uns auf Grundlage eben dieser Rahmenvereinbarung an einem Forschungs-Praxis-Projekt zu Integrations- und Entwicklungspotentialen in strukturschwachen ländlichen Räumen beteiligt. Abgabetermin war der 30. März. Gemeinsam mit der Stadt Stendal haben wir unser Interesse bekundet, an dem Projekt mitwirken zu wollen. Wir denken, dass wir uns hier gut einbringen können.

Der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der finanzpolitische Dialog. Am 15. Februar hat hier in diesen Räumen die erste Auftaktrunde für die Novellierung des FAG stattgefunden. Mittlerweile hat der vom Finanzminister beauftragte Gutachter seinen ersten Entwurf des Gutachtens vorgelegt. Danach leben wir über unsere Verhältnisse und es sieht alles nicht so gut aus. Ich denke aber, der Landkreis Stendal hat genügend Beispiele, wie wir in den letzten Jahren versucht haben zu konsolidieren, ohne Kahlschlag zu betreiben und trotzdem handlungsfähig zu bleiben. Am 18. April wird es eine altmarkweite Fortsetzung geben. Seinerzeit hatte der Finanzminister angekündigt, dass man sich noch einmal speziell mit dem Thema Dünnbesiedlungsfaktor beschäftigen wolle. Nachdem aus dem Ministerium keinerlei Aktivitäten kamen, haben Herr Ziche und ich die Initiative ergriffen. Wir konnten dann einen Termin für den 18. April hier festmachen. Ich habe schon mit dem einen oder anderen Bürgermeister gesprochen, dass der Dünnbesiedlungsfaktor auch von der gemeindlichen Ebene noch einmal belegt wird. Ich denke, ich hatte seinerzeit bei der Landtagsanhörung am 3. November 2011 genügend Beispiele aus unserem Haushaltsvollzug und aus unserer Haushaltskonsolidierung parat, mit denen wir nachweisen konnten, dass wir an der einen oder anderen Stelle erhöhte Ausgaben aufgrund unserer Dünnbesiedlung und großen Fläche haben.

In mehreren Sitzungen des Kreistages hatte ich über das Projekt LandZukunft informiert, woran wir uns beteiligen wollten. Die Antragsunterlagen wurden eingereicht. Hier haben wir in der letzten Woche leider die Nachricht erhalten, dass wir dieses mal nicht Wettbewerbssieger sind, obwohl wir der Meinung waren, ordentliche und qualitätsvolle Unterlagen abgegeben zu haben und obwohl wir der Meinung waren, dass wir auch interessante nachhaltige Projekte und Investoren ins Boot ziehen konnten. Aber wir wollen das Verfahren nicht kritisieren, denn wir haben schon an vielen Wettbewerben erfolgreich teilnehmen können. In einer der nächsten Vorstandssitzungen im Regionalverein werden wir bereden, wie wir das eine oder andere Projekt über andere Mittel und Wege auch in Zukunft positiv begleiten und hier in unserer Region zum Erfolg bringen.

Am Montag dieser Woche hatten wir die Fraktionsvorsitzenden und die Mitglieder des Ausschusses für Ordnung, Umwelt und Landschaftsschutz zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Dort wurde das Gutachten einer gemeinsamen Leitstelle vorgestellt. Aufgrund der Diskussion fühlen wir uns bestätigt, dem Kreistag in den nächsten Wochen eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen, die eine gemeinsame Rettungsleitstelle Altmark zu installieren vorsieht. Mit diesem Grundsatzbeschluss übergeben wir natürlich auch den Entwurf einer Zweckvereinbarung, die dringende Voraussetzung für die Errichtung einer gemeinsamen Leitstelle ist. Das

Vorhaben der gemeinsamen Leitstelle ist ein Beleg mehr dafür, dass wir von uns aus Mittel und Wege gefunden haben, den Personal- und Verwaltungsaufwand zu reduzieren. Schon in der ersten Phase rechnen wir mit 20 % weniger Kostenaufwand. Und nach einer Übergangsphase mit Sicherheit 25 %, vielleicht sogar 30 %.

Ebenfalls am Montag konnten wir die neue Aula im Tangermünder Gymnasium einweihen. Die Baumaßnahme lief über das K II-Programm. Alle, die dabei waren, konnten sich überzeugen, dass es ein sehr gelungenes Objekt geworden ist. Des Weiteren konnte am Montag die Übergabe des Hauses C des Schulzentrums Havelberg vorgenommen werden. Beim Gesamtkomplex Schulzentrum Havelberg haben wir Halbzeit, auch was das Finanzvolumen betrifft. Nachdem das eigentliche Gymnasium leergezogen ist, kann mit dem Umbau/Sanierung des alt-ehrwürdigen Gymnasiumgebäudes begonnen werden.

In dem Zusammenhang nun der Übergang zum Programm STARK III. Darüber wird ja schon seit einigen Wochen diskutiert. Vor ca. 10 Tagen haben wir das entsprechende Handbuch erhalten. Leider mit einem sehr engen Zeitplan. Bis Mitte Mai müssen Prioritätenlisten vorgelegt werden. Das ist eigentlich in der kurzen Zeit nicht zu schaffen. Aber ich weiß aus Gesprächen, auch mit Bürgermeister, dass das eine oder andere Projekt in der Schublade liegt. Die Projekte, die in Prioritätenlisten erstellt werden, beziehen sich hauptsächlich auf die Umsetzung/Realisierung des Jahres 2013. Das ist der Fördertopf in der jetzigen Strukturförderperiode. Das Programm läuft in der nächsten EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 weiter, sodass es jetzt kein Windhundrennen geben muss. Man muss sich auch keine utopischen Ziele stellen, sondern die Projekte werden vorgelegt, die in der Planung vorbereitet und fertig gestellt sind und die auch umgesetzt werden können. Am 10. Mai gibt es eine gemeinsame Sitzung des FHLA mit dem KVPA. Dort sollen die Listen für die Schulen und die Kindertagesstätten abschließend behandelt werden. Termin für die Einreichung der Listen ist der 15. Mai. Zuvor werden wir die Entwürfe in der zweiten Aprilhälfte dem Schulausschuss und dem Bauausschuss vorlegen.

Der Landrat informiert des Weiteren den Kreistag, dass seit gestern Mittag die 3. Runde der Tarifverhandlungen in Potsdam läuft.

Frau Dr. Paschke dankt den Landrat für die Initiative zur Folgeveranstaltung am 18. April. Sie hatten erwähnt, dass Sie schon einige Argumente in der Ausschusssitzung des Landtages vorgetragen haben. Was mir in Vorbereitung dieses nachfolgenden Termins aber wichtig erscheint ist, dass wir auf das Hauptargument vom Gutachter Prof. Deubel eingehen. Er hat die Haushalte verglichen. Und in bestimmten Gebieten, wo man annimmt, dass der Dünnbesiedlungsfaktor kostenintensiv ist, lagen wir in den Haushaltsstellen alle fast darunter und hatten weniger Ausgaben. Dafür sollten wir Argumente finden. Das haben wir auf dem finanzpolitischen Dialog nicht getan. In Vorbereitung der Veranstaltung sollten wir aber noch einmal darüber nachdenken.

Der Landrat antwortet, wir wollen nicht nur darüber nachdenken. Ich habe mit dem Kollegen Ziche abgesprochen, dass wir es aus kreislicher Sicht vornehmen. Wir werden es intensiv vorbereiten, unter Einbeziehung unseres Landkreistages.

zu TOP 7 Berufung des Kreiswahlleiters für die Wahl des Landrates
Vorlage: 322/2012

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Zur Vorlage bestehen keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen

zu TOP 8 Berufung des stellvertretenden Kreiswahlleiters für die Wahl des Landrates
Vorlage: 323/2012

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 9 Festlegung Wahltag, Wahlzeit und das Ende der Einreichungsfrist zur Wahl des Landrates
Vorlage: 324/2012**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 10 Stellenausschreibung für die Wahl des Landrates
Vorlage: 325/2012**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Zur Vorlage bestehen keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 11 Abwahl und Wahl von stimmberechtigten Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: 318/2012**

Der Vorsitzende schlägt vor, die Wahl in offener Abstimmung durchzuführen. Er fragt, ob sich Widerspruch dagegen erhebt?

Der Vorschlag wird vom Kreistag angenommen; es erhebt sich kein Widerspruch.

Zur Vorlage selber bestehen keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage abstimmen.

einstimmig beschlossen

**zu TOP 12 Satzung zur Entschädigung ehrenamtlicher Naturschutzbeauftragter im Landkreis Stendal
Vorlage: 308/2012**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

einstimmig beschlossen

zu TOP 13 Änderung der Satzung der Kreisvolkshochschule Stendal
Vorlage: 309/2012

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

einstimmig beschlossen

zu TOP 14 Änderung der Geschäftsordnung der Kreisvolkshochschule Stendal
Vorlage: 310/2012

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Zur Vorlage bestehen keine Wortmeldungen.

einstimmig beschlossen

zu TOP 15 Beitritt des Landkreises Stendal zur Kommunalen IT-UNION e.G. (KITU)
Vorlage: 314/2012

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Herr Wulfänger erklärt, dass es bei der Vorlage um mögliche Einspareffekte im EDV-Bereich geht. Nicht so sehr um Sparen von Personalkosten, sondern von sächlichen Kosten. Wir merken es zuhause, die Technik wird immer besser. Aber sie wird mitunter auch immer teurer. Besonders wenn neue Produkte herauskommen. Wir haben im Landratsamt und in den nachgeordneten Einrichtungen von Jahr zu Jahr mehr Technik. Beispielhaft möchte ich einpaar Zahlen nennen. In der Kreisverwaltung insgesamt haben wir 2.200 PC. 1.700 davon sind in den Schulen. Die können dort eher mehr werden, weil man in bestimmten Schulen jetzt auch zwei PC-Kabinette vorhalten muss. Wir haben 1.000 Drucker, 510 Office-Lizenzen und 777 Telefone. Das Problem ist natürlich, die Kosten im Griff zu behalten. Das hat man auch im Nachtragshaushalt 2011 gemerkt. So mussten 90 T€ bei einer Haushaltsstelle mehr drauf gepackt werden, um bestimmte Mehrleistungen bezahlen zu können. In den letzten Jahren haben wir zwar die Kosten zum Gutteil in den Begriff bekommen, indem wir relativ feste Ausschreibungen vorgenommen haben. Z. B. bei den PC eine Größenordnung von 250 Stück, bei der man schon gute Preise erzielen kann. Aber wir denken, dass es da noch mehr herauszuholen geht. Wir können es aber nicht alleine machen. Wir können nicht mehr als beispielsweise 250 Stück PC ausschreiben. Deshalb haben wir mit der KITU verhandelt, die große Mengen (mehrere Tausend) europaweit ausschreibt. Bei einer Ausschreibung durch die KITU kann man pro PC z. B. um die 50 € einsparen. Mengenmäßig ist das ein ganz Teil an Geld, was wir sparen, wenn wir es nutzen. In Vorbereitung einer Ausschreibung für die Telefonanlage waren wir gestern bei der KITU. Unsere Telefonanlage wird nicht mehr gewartet. Sie ist relativ alt und muss ausgetauscht werden. Auch die 777 Telefone. Wir haben den Markt erkundet und sind der Meinung, dass wir mit der KITU noch bessere Preise erzielen können. Wir wollen Drucker-Konzepte erarbeiten lassen. Aus meiner Sicht haben wir zu viele Arten von Druckern. Wir wollen uns auf eine Firma konzentrieren, um nur noch eine Art Tonerkartusche zu bestellen. Derzeitig bestellen wir 30 bis 40 verschiedene Sorten.

Einmalig zahlt der Landkreis Stendal 5.000 Euro Einlage (Genossenschaftsanteile). Bei Austritt bekommen wir diese 5 T€ unverzinst wieder zurück. Jährlich sind 3 T€ pauschale Kosten (Verwaltungskosten) zu zahlen, die genutzt werden, um z. B. die Ausschreibungen durchzuführen oder vorzubereiten. Im Moment sind ca. 20 Städte Mitglied der KITU. Aus unserem Landkreis ist es die Stadt Stendal. Weiterhin ist bisher ein Landkreis Mitglied. Mehrere andere Landkreise haben aber auch schon Interesse bekundet, Mitglied zu werden und haben uns befragt, wie wir an die Sache herangehen. Es werden also in den nächsten Monaten eher mehr Mitglieder werden.

In die Vorlage ist auch hereingeschrieben worden, dass die Mitgliedschaft zunächst auf einen Zeitraum bis maximal 31.12.2015 befristet wird. Das heißt, wir wollen uns ein Stückchen selbst binden, in 4 Jahren zu überprüfen, ob es wirklich sinnvoll war, dort einzutreten. Zur Wirtschaftlichkeit und über die Effekte werden wir den Kreistag dann in einer Vorlage Bericht erstatten. Wenn es positiv ist, kann der Kreistag darüber befinden, ob wir in der KITU verbleiben oder ob es das Ende war. Ich denke aber schon, dass das Ganze positiv enden wird.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

mehrheitlich beschlossen

Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 16 Namentliche Abstimmung zum Bau der Bundesautobahn 14
- Antrag der Fraktion Landwirte für die Region -
Vorlage: 327/2012**

Der Vorsitzende erklärt, dass gemäß Gemeindeordnung LSA und der Geschäftsordnung für den Kreistag § 8 Abs. 6, 2. Absatz, ein Antrag auf namentliche Abstimmung der Zustimmung von mindestens einem Viertel der anwesenden Kreistagsmitglieder bedarf. Das Ergebnis ist in der Niederschrift zu vermerken. Dies muss zunächst erfolgen, bevor eine namentliche Abstimmung erfolgt.

Der Vorsitzende stellt sodann die Frage, wer dem Antrag der Fraktion Landwirte für die Region auf eine namentliche Abstimmung seine Zustimmung gibt?

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Kreistag mehrheitlich, bei 7 Stimmenthaltungen, für eine namentliche Abstimmung ist.

Er bittet sodann um Wortmeldungen.

Herr Wiese erklärt, seine Fraktion denkt, dass die Abstimmung des Kreistages über den Bau der A 14 doch sehr wichtig ist. Wir sind auch der Meinung, dass dieses namentlich und öffentlich erfolgen soll, das auch die Bevölkerung genau weiß, wer in diesem Kreistag dafür oder dagegen ist. Dass wir hier nicht stundenlang über den Bau der A 14 reden müssen, ergibt sich von selbst. Diese Infrastrukturmaßnahme ist für unsere Region enorm wichtig. Wir brauchen diese, denn wir sind die Region in Deutschland, die am weitesten von jeder Autobahn entfernt ist. Über alles Für und Wider kann man lange reden. Es entwickelt sich überall dort Wirtschaft und Infrastruktur, wo natürlich auch Voraussetzungen da sind.

Ich bitte Sie, nachdem wir vor ca. einem Jahr hier schon einmal über eine Infrastrukturmaßnahme abgestimmt haben, die sicherlich für unsere Region nicht sehr glücklich gewesen ist, diesem Antrag zum Bau der A 14 zuzustimmen, auch wenn es nur symbolischen Charakter hat, denn entscheiden tut hier nicht der Landkreis, sondern übergeordnete Institutionen. Trotzdem ist es enorm wichtig, dass wir als höchstes Gremium in diesem Landkreis uns klar und deutlich zu dem Thema positionieren.

Herr Krebber möchte nicht lange für seine Position hier Wettstreiten, denn die ganze Sache ist eine ganz starke Glaubenssache. Es ist nicht bewiesen, was es wirtschaftlich ergeben soll oder auch nicht. Sie kennen alle meine Meinung. Ich kann einfach nur vor meinem Gewissen und vor dem, was ich weiß, dagegen stimmen. Alles Weitere ist Klageweg. Es ist auch Demokratie, dass das Verfahren weiter beäugt wird. Die Sache ist nicht alternativlos. Was ich jetzt dramatisch daran sehe ist, weil ich davon ausgehe, dass hier in der Region nicht gebaut wird, dass Fördergelder verfallen. Das hätte man eher anders steuern können. Und das tut mir sehr leid für die Region. Aber wie schon gesagt, jeder hat hier sein Gewissen. Und das soll man respektieren. Von daher können wir ruhig die Abstimmung durchführen, obwohl ich nicht sehe, dass es hier hergehört. Es ist wahrscheinlich ein bisschen Populismus, den man hier betreiben will. Die Argumentation ist schon lange gelaufen.

An Herrn Krebber gewandt sagt Herr Kühnel, genau deshalb gehört es hier in den Kreistag, weil nämlich in der Öffentlichkeit sehr oft der Anschein erweckt wird, dass die Sache noch nicht am Ende ist. Oft wird in Veranstaltungen gesagt, die Autobahn wird nicht gebaut oder es wird behauptet, dass das eine oder andere nicht in

Ordnung ist. Im Antrag der Landwirte steht, dass die entscheidenden Institutionen Unterstützung bei der Umsetzung des Baues bekommen sollen. Ich möchte das erweitern. Wir müssen auch mal ein Zeichen der Orientierung für diejenigen setzen, die den Bau noch verzögern oder verhindern können. Denn die Gegner versuchen in der Öffentlichkeit zu verbreiten, dass sie eine Mehrheitsmeinung vertreten und eine unumstößliche Meinung hinsichtlich des Nichtbedarfs einer Autobahn. Wir wissen, dass lt. Gesetz die Mitwirkung von Umweltverbänden vorgesehen ist. Das ist auch gut so. Aber die Umweltverbände und andere nutzen das nicht, um die Autobahn z. B. umweltgerecht zu gestalten, sondern sie durch Klage etc. zu verhindern und zu verzögern. Deshalb sollte der Kreistag ruhig in regelmäßigen Abständen Stellung nehmen, wie er dazu denkt. Dann hat man Anhaltspunkte in der Öffentlichkeit. Wir wollen Farbe bekennen. Oft ist es auch so, dass Volksentscheide zu Umweltfragen in Deutschland durchgeführt werden und sich die Leute nicht daran halten und trotzdem weiter streiken, wenn die Volksentscheide negativ ausfallen. Hier sollte man gelassen die Abstimmung abwarten. Wir sind ein gewähltes Gremium und haben dann eine Mehrheit oder nicht. Und dann kann man anhand der Abstimmung lesen, wie der Kreistag dazu steht.

Unsere Fraktion wird dem Antrag zustimmen. Herr Dr. Richter-Mendau ist heute nicht anwesend. Er hat mich aber gebeten zu sagen, er würde selbstverständlich, wenn er hier wäre, auch mit ja abstimmen.

Herrn Graubner hat heute eine junge Mutti angesprochen, weil sie gelesen hat, dass heute auf der Tagesordnung die Abstimmung steht. Sie hat gesagt, Herr Graubner und alle anderen, bitte kämpfen sie um unsere Zukunft. Es kann nicht sein, dass für Krötentunnel mehr Geld da ist, als für Kinderspielplätze. Wenn wir jetzt im Kreistag abstimmen, wie wir zur A 14 stehen, leisten wir einen Beitrag für die Zukunft. Selbstverständlich bitte auch ich hier um Zustimmung.

Natürlich akzeptieren wir die Mehrheitsentscheidung, so Frau Dr. Paschke, dass der TOP auf der Tagesordnung des Kreistages bleibt. Dennoch halten wir den Antrag nach wie vor nicht für abstimmungsfähig, weil wir nicht über den Bau der A 14 abstimmen. Man kann eigentlich nur sagen, Guten Morgen, das ist 10 Jahre her. Seinerzeit sind nämlich die ersten Konzepte und alternativen Konzepte vorgelegt worden, u. a. auch von meiner Landtagsfraktion. Nachdem alle politischen Entscheidungsträger Entscheidungen getroffen haben, kommen wir nun auf die Idee, im Kreistag über den Bau der A 14 abzustimmen. Ich wusste um die monatelange Vorgeschichte dieses Antrages. Von der Fraktion der Bauern habe ich diesbezüglich etwas mehr erwartet. Wir hatten keinen Änderungsantrag gestellt, weil wir den Antrag eben nicht für abstimmungsfähig hielten. Wir werden uns aber zum nächsten Kreistag vorbehalten, einige Punkte, die uns konkret betreffen, hier vorzutragen. Ich möchte nur einige wenige davon benennen. Ich bin schon der Meinung, dass man dem Kreistag vorlegen sollte, welche Aktivitäten hinsichtlich der Fragen des Brand- und Katastrophenschutzes sowie des Rettungsdienstes erfolgt sind. Was sind für Konsequenzen gezogen worden? Wie ist man in der Abstimmung? Wir müssen darüber reden, welche Konsequenzen der regionale Natur- und Landschaftsschutz in diesem Bereich hat. Was ist in der Diskussion in der Verwaltung zu dieser Frage? Der Kreisbauernverband beklagt ja, in welcher Art und Weise die Ersatz- und Ausgleichsflächen vorgenommen werden. Es liegen Ergebnisse für die Brachlandflächen vor. Könnte man die nicht in der Abwägung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mit einbeziehen? Wir haben da ja gute Vorarbeit geleistet. Es ist nach wie vor ein Problem für die Landwirtschaft, dass sie landwirtschaftlichen Flächen im Ökopunktesystem mehr bringen als Brachlandflächen. Dadurch kommt natürlich der Erstzugriff meist auf die landwirtschaftlichen Flächen. Darüber sollten wir uns regional unterhalten, wenn wir daran denken, wie viele landwirtschaftliche Flächen wir haben. Insofern sind wir schon der Überzeugung, dass man hier konkreter und für uns entscheidende Maßnahmen, Aktivitäten und Bemühungen bereden kann. Nicht zuletzt werden wir auch in der Versorgungsinfrastruktur andere Bedingungen bekommen, wenn die A 14 steht, wenn ich nur an den Bereich Osterburg u. ä. denke. Man muss darüber reden, wie sich versorgungsnahe Räume verändern. Wir behalten uns vor, diese Dinge in den Kreistag konkret einzubringen.

Herr Schulz sagt, mir fällt auf, wenn ich mir die Reihen derjenigen angucke, die gegen die Autobahn sind, dass diejenigen, die nicht hier in der Altmark geboren worden sind, überproportional dort vertreten sind. Vielleicht kennen sie deswegen unsere Heimatgeschichte nicht so genau, wie wir, weil sie sich nicht so sehr dafür interessieren, wie die hier geboren sind. Aber dann würde jedem natürlich auffallen, wenn man mit Blick in die Geschichte sieht, dass unsere Heimat immer dann einen wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat, wenn wir uns an überregionale Verkehrswege anschließen konnten. Das begann mit der Schiffbarmachung der Flüsse in unserer Region, das ging weiter mit dem Anschluss an die Hanse als überregionales Handelsnetzwerk, das setzte sich weiter fort durch den Bau der überregionalen Chausseen in unserer Region und auch mit dem Bau des Eisenbahnnetzes. Und genauso wird es auch passieren, wenn wir endlich die Autobahn hier in die Altmark

bekommen. Auch dann werden wir wieder wirtschaftlichen Aufschwung erfahren, der uns fehlt, um uns wirtschaftlich zu entwickeln oder aus dieser wirtschaftlichen Misere herauszukommen, in der wir uns jetzt befinden.

Frau Braun gibt zu, dass der Antrag der Bauern etwas unglücklich formuliert ist. Wir sind 22 Jahre hier in diesem Kreistag. Es gab mit Sicherheit in der Vergangenheit schon Anträge, die schlechter ausformuliert waren. Wir wissen alle, was Herr Wiese und die Fraktion meint – und zwar namentliche Abstimmung für den Bau der Bundesautobahn 14. Das ist nun altmärkisch ein bisschen verkehrt dargestellt worden. Da sollten wir jetzt keinen Zoff daraus machen. Wir haben auch schon zu vielen Dingen Voten abgegeben und Beschlüsse gefasst, obwohl wir wussten, dass wir nicht zuständig waren, weil die Bevölkerung wissen möchte, wie ihre gewählten Vertreter im Landkreis im Einzelnen dazu stehen. Aufgrund der Hin- und Herdiskussion, die in der Öffentlichkeit immer mal wieder aufflammt, bin ich deshalb absolut dafür, dass wir ganz klar sagen, wer denn nun dafür ist und wer dagegen. Das ist das demokratische Spiel. Wir brauchen es nun nicht verkomplizieren. Ich weiß, was gemeint ist. Ich weiß, wie ich dazu stehe. Ich achte auch die Argumente der Umweltschützer und der Gegner. Für mich gab es den Abwägungsprozess. Ich bin hier geboren und ich lebe an der B 189. Für uns Lüderitzer wäre es ein Segen, wenn die Autobahn kommt, weil dann die B 189 lange nicht mehr so laut ist. Der ganze LKW—Verkehr verlagert sich dann auf die Autobahn, und wir hätten etwas mehr Ruhe. Die Gemeinderäte haben sich seinerzeit einstimmig dafür positioniert. Wir waren und sind dafür. Und das möge auch dieser Kreistag berücksichtigen.

An Frau Dr. Paschke gewandt sagt sie, wir sind in den Einheitsgemeinden und davor in den Verwaltungsgemeinschaften regional längst durch die Planfeststellungsverfahren involviert. Sie haben die Ausgleichsmaßnahmen genannt und den landwirtschaftliche Wegebau. Das wissen wir. Hinsichtlich der Risiken des Brand- und Katastrophenschutzes ist zu sagen, dass lt. Gesetz die Einheitsgemeinden mit der Gebietsreform eine Risikobedarfsanalyse zu erstellen haben. Fast alle Gemeinden und neuen kommunalen Gremien in unserem Landkreis haben das schon längst getan. Die Risikobedarfsanalysen, die wir erstellen müssen, beinhalten die Problematik des Unfallschutzes etc.

Herr Wiese sagt an Frau Dr. Paschke gerichtet, ich stimme Ihnen ja in vielen Punkten zu. Natürlich kämpfen wir gegen Flächenfraß und natürlich sind wir für die Minimierung der E- und A-Maßnahmen. Zumindestens dort, wo sie vernünftig sein werden. Dazu können wir weitere Anträge stellen. Lassen Sie uns doch heute erst einmal über diesen Antrag abstimmen. Und dann haben wir eine klare Fahrtrichtung, wie wir in Zukunft mit dem Thema umgehen. Natürlich müssen wir die ganzen Punkte bearbeiten, um in der Region die A 14 auch wohlwollend mit allem Für und Wider aufzunehmen.

Herr Güssau möchte persönlich feststellen, dass es sehr anmaßend ist, wenn Fraktionen oder Kollegen sich herausnehmen, einen Antrag einer Fraktion hier zu bewerten, ob der gut oder schlecht ist. Ich bin Ihnen, Herr Wiese, und Ihrer Fraktion sehr dankbar, dass gerade aus den Kreisen der Landwirte, so ein Antrag kommt, weil er sonst immer aus dem Kreise der CDU kam; aus dem Stadtrat oder im Landtag von Sachsen-Anhalt. Es zwingt uns gewählte Vertreter, Farbe zu bekennen. Ich rede heute auch deshalb, weil ich protokollarisch erfasst werden will und zum Ausdruck bringen möchte, dass das Verhalten des BUND zur A 14 eine Unverschämtheit ist und für mich ein Missbrauch von demokratischen Rechten darstellt, wenn im Vorfeld von Entscheidungen schon grundsätzlich gesagt wird, dass man Klagen wird, ohne überhaupt die Projekte in schriftlicher Art und Weise vorliegen zu sehen. Und wenn Sie, Herr Krebber, davon sprechen, dass die A 14 eine Glaubensfrage ist, dann muss ich Ihnen sagen, dass Sie gar nichts verstanden haben. Denn Sie müssen mal in die Geschichte zurück schauen. Es wurde im Bundesverkehrswegeplan 2003 durch die SPD zusammen mit den Grünen entschieden. Die haben ein Sternchenvermerk gesetzt. Und das haben wir in diesem Land umgesetzt. Naturfachlich ist es geprüft worden. Mit einem erhöhten Aufwand soll diese Autobahn gebaut werden. Sie hören jedoch nicht auf. Sie haben eine ideologische Grundhaltung – Sie wollen keine Bundesautobahn. Sie erzählen Lügengeschichten den Bürgern gegenüber zum Ausbau einer B 189. Wer ernsthaft behauptet, man könnte die B 189 morgen schnell mal ausbauen, der weiß nicht, wie das in der Bundesrepublik Deutschland umgesetzt wird. Wenn Sie das ernsthaft vorhaben, müssen Sie den Bürgern sagen, vor 2025 passiert hier gar nichts.

Herr Stapel muss erst noch darüber nachdenken, was einem da alles vorgeworfen wird. Ich möchte jetzt auch nichts zu den inhaltlichen Dingen sagen, ob eine Autobahn etwas bringt oder nicht.

Ich wollte vorhin nicht sagen, dass der Antrag schlecht ist. Vielleicht hätte ich sagen sollen, dass er mir nicht deutlich genug ist. Ich wollte Sie nicht beleidigen. Ich wollte nur, dass die Vorlage zur nächsten Sitzung des Kreistages umgeschrieben wird, dass sie abstimmungsfähig ist. Vorhin hatte ich schon gesagt, dass alles lange her und nicht mehr aktuell ist. Schade, dass wir uns damit noch mal befassen müssen. Auch der B 189er Ausbau

ist längst vorbei. Jetzt geht es eigentlich darum, wie regieren die Befürworter vom Ortschaftsrat bis hoch zur EU durch. Überall hat man die Mehrheiten und bekommt diese Autobahn nicht fertig. Dauernd müssen die paar wenigen 5 oder 10 %, die dagegen sind, dafür herhalten, dass es nicht vorwärts geht. Sie brauchen dauernd einen Sündenbock, dass sie das Ding nicht fertig kriegen. Nun bauen Sie sie doch endlich und machen Sie die Planungen. Und zwar nach Gesetzen, die auch nicht die Grünen gemacht haben. Mehrheitlich waren sie daran nicht beteiligt. Bauen Sie so nach den Gesetzen, dass nicht geklagt werden muss. Sicher kann man sich darüber unterhalten. Ich war auch nicht der Meinung, dass der BUND richtig gehandelt hat, als er gesagt hat, egal was da kommt, wir klagen dagegen. Solche Aussage halte ich für falsch. Aber natürlich hat der BUND, wie viele andere auch, die Aufgabe, so etwas zu kontrollieren und notfalls zu klagen. Bei der ersten Klage ist es ja auch zum Vergleich gekommen. Hören Sie auf, uns zum Sündenbock zu machen. Bauen Sie die Autobahn und machen Sie den beiden beteiligten Verkehrsministern Beine, dass es etwas wird, so wie es sein muss. Und wenn so ein Antrag kommt, hat das mit Ideologie gar nichts zu tun. Ich befürchte, Sie brauchen wieder einen Sündenbock, das Sie sagen können, Sie sind dagegen und wir kriegen das Ding wieder nicht fertig. Dabei können die paar gar nichts dafür. Sie regieren durch.

Herr Bergmann ist der Meinung, dass man die Rechte der Umweltverbände achten sollte. Sie haben demokratisch verbriefte Rechte. Das ist etwas, was wir nicht in Frage stellen sollten. Wir sollten aber den BUND daran erinnern, dass demokratische Entscheidungen in mehrfacher Hinsicht gefallen sind. Ich erinnere, dass sich der Landtag zum Ende der letzten Legislaturperiode für die A 14 ausgesprochen hat. Bei einigen Enthaltungen der LINKEN, aber ansonsten einstimmig. Da waren die Grünen noch nicht im Landtag vertreten. Die Grünen haben aber, und das gehört zur Historie und zur Wahrheit dazu, zusammen mit der SPD 2003 die A 14 in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes gebracht. So viel Zustimmung aus fast allen Parteien hat man eigentlich selten für eine Autobahn. Und wenn mich meine Augen jetzt nicht völlig trügen, Herr Stapel, ist es wohl so, dass zurzeit rund um Colbitz die Autobahn gebaut wird. Deswegen ist der Hinweis, sehen Sie zu, dass es los geht, gar nicht richtig. Es ist längst losgegangen. Jetzt geht es darum, die nächsten Planfeststellungsbeschlüsse vorzubereiten. Natürlich nach Recht und Gesetz. Und dass die Landwirte diesen Antrag im Kreistag stellen, da sie weder im Landtag noch im Bundestag vertreten sind, ist in Ordnung. Es ist hier das richtige Gremium. Das Recht haben sie.

Herr Berlin sagt an Herrn Krebber gewandt, über Glauben kann man sich streiten. Ich sehe den Antrag der Landwirte als Bekenntnis. Ich glaube, in den letzten 20 Jahren haben wir uns schon mal dazu bekannt. Wir kennen uns zum Bau der Bundesautobahn 14. Deswegen liegt dieser Antrag vor. Und das die Landwirte den Antrag hier stellen zeigt, dass ein Berufsstand sich damit beschäftigt hat, der die Risiken des Baus kennt und der mit am meisten davon betroffen ist.

An Herrn Schulz gerichtet sagt Herr Berlin, in unserer Fraktion haben wir Nichtaltmärker integriert, die auch schon 20 Jahre hier wohnen. Sie sind für den Bau der A 14. Mir dauert es eigentlich schon 20 Jahre zu lange, dass diese Autobahn kommt.

Frau Braun stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass sich auch noch Herr Krebber und Herr Dr. Stephan zu Wort gemeldet hatten. Ihnen wird man noch das Wort erteilen.

Herr Krebber sagt, ich bin über die Anschuldigungen sehr enttäuscht, dass es um kein Verständnis geht und dass man hier als Ignorant dargestellt wird. Sich so etwas vorwerfen zu lassen, ist eine Unverschämtheit. Man hat seine ganz persönliche nach Grundgesetz verbriefte Meinungsfreiheit und man hat eine Klagefreiheit. Und wenn man Alternativen sieht, kämpft man darum, überzeugend zu sein. Und das mache ich auch. Das ist Demokratie und meine Überzeugung. Es geht nicht darum, irgendwie etwas zu verhindern, sondern es geht um viele Alternativen und es geht um eine zukunftsfähige Denkweise. Ich mache beruflich viel mit Umweltbildung und Umweltbewusstsein. Ich kann nicht anders laufen. Das ist für mich eine absolute Bewußtseinsarbeit. Dafür bitte ich um Respekt. Selbst eine Klage ist demokratisch und richtet sich nicht gegen eine Entscheidung und richtet sich nicht gegen Menschen, sondern ist Überzeugungsgeschichte.

Herr Dr. Stephan will vorwegschicken, dass er schon vor mehr als 10 Jahren Mitbegründer der Aktion BASTA 14 (Bundesautobahn Stendal A 14) war.

Mich stört an dem Antrag der Landwirte, dass er wirklich unglücklich formuliert ist. Man muss, und das steht in der Geschäftsordnung, einen Antrag mit ja oder nein beantworten können. Deshalb würde ich den Vorsitzenden bitten, die Abstimmungsfrage so eindeutig zu stellen, ob man dafür oder dagegen ist. Das ist dann eine richtige Abstimmungsfrage. Im Moment haben wir abgestimmt, namentlich darüber abstimmen zu wollen. Im Antrag steht namentliche Abstimmung zum Bau. Was ist das? Das ist nicht für den Bau und nicht gegen den Bau. Diese Klarstellung wäre erforderlich, bevor wir in die Abstimmung gehen.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Antragsteller noch etwas zum Antrag sagen möchte. Vielleicht formuliert er eine Klarstellung.

Herr Wiese würde gerne den Gegenstand des vorliegenden Antrages um zwei Wörter korrigieren. Der Antrag soll jetzt wie folgt lauten: „Die Fraktion Landwirte für die Region stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung für den Bau der Bundesautobahn A 14.“ Das Wort „zum“ wird durch die Wörter „für den“ ausgetauscht. Dann haben wir zwar nichts Wesentliches geändert, aber es ist korrekter formuliert.

Der Vorsitzende denkt, dass mit dieser Korrektur der Antrag jetzt eindeutig ist und man die Abstimmung durchführen kann. Man kann mit ja, nein oder Enthaltung antworten.

Der Vorsitzende ruft nunmehr zur namentlichen Abstimmung auf, wer für den Bau der Bundesautobahn 14 ist.

Mit ja stimmen Herr Riedinger, Herr Bartels, Herr Bausemer, Herr Bergmann, Herr Berlin, Herr Bolle, Frau Braun, Herr Braune, Herr Classe, Herr Emanuel, Herr Graubner, Herr Güssau, Herr Imig, Herr Jesse, Herr Klemm, Herr Kloth, Herr Krüger, Herr Dr. Kühn, Herr Kühnel, Herr Dr. Lischka, Herr Luksch, Herr Noeske, Herr Dr. Opitz, Frau Dr. Paschke, Herr Prange, Herr Radtke, Herr Rettig, Herr Schlaak, Herr Schreiber, Herr Schulz, Herr Dr. Stephan, Herr Strube, Herr Tögel, Herr Trumpf, Herr Werner, Herr Wiese, Herr Witt, Herr Zimmermann und Herr Hellmuth.

Mit nein stimmen Herr Krebber und Herr Stapel.

Der Stimme enthalten sich Herr Janas und Frau Christine Paschke.

Der Vorsitzende stellt fest, der Kreistag hat sich mehrheitlich, bei 2 Neinstimmen und 2 Stimmenthaltungen, für den Bau der A 14 ausgesprochen.

mehrheitlich zugestimmt

Ja 39 Nein 2 Enthaltung 2

**zu TOP 17 Fortschreibung des Berichtes "Ergebnisse und Erfahrungen bei der Verringerung der Folgen von Armut bei Kindern im Landkreis Stendal"
- Antrag der Fraktion DIE LINKE. - Bündnis 90/Die Grünen -
Vorlage: 329/2012**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Rettig erklärt, beginnend bereits am 4. Oktober 2007 mit dem Antrag unserer Fraktion zur Erarbeitung einer Strategie des Landkreises zur Bekämpfung von Kinderarmut dauerte es exakt 3 Jahre, nämlich bis zum September 2010, bis in Form einer Mitteilungsvorlage durch die Verwaltung Ergebnisse und Erfahrungen bei der Verringerung von Folgen der Armut bei Kindern vorgelegt wurden. Bei diesen Ergebnissen und Erfahrungen blieben jedoch mehr Fragen unbeantwortet, als positive Ergebnisse vermittelt werden konnten. Ich will noch mal aus dieser Mitteilungsvorlage einiges verdeutlichen: Bei den Erfahrungen in der Prävention beklagte man die ungenügende Abdeckung in der Fläche mit Angeboten, die mangelnde Erreichbarkeit der notwendigen Zielgruppen, datenrechtliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung eines sogen. Babybegrüßungspaketes und die noch nicht erfolgte Umsetzung der geforderten Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Magdeburg-Stendal bzgl. einer Diplomarbeit. Bei der Unterbreitung allgemeiner Unterstützungsangebote blieb, ohne jetzt sarkastisch sein zu wollen, eigentlich nur die Einführung der Windeltonne für Familien mit Kindern bis zum Alter von zwei Jahren über. Anregungen und Unterstützungen ehrenamtlicher Tätigkeit wurden in der Mitteilungsvorlage als eine permanente Aufgabe bezeichnet.

Allein dieser damalige Stand der Berichterstattung und die Vielzahl offener Fragen allein würde schon die Fortschreibung der Berichterstattung über Ergebnisse und Erfahrungen dringend notwendig machen. Darüber hinaus liegen nun auch Ergebnisse der Bertelsmann-Studie und der Studie des Paritätischen Gesamtverbandes vor, die schmerzhaft deutlich machen, dass nicht nur Sachsen-Anhalt bei der Kinderarmut einen Spitzenplatz einnimmt und eine Armutsquote der 18 bis 25-Jährigen von über 30 % vorweist, sondern dass der Landkreis Stendal bei den 0 bis 3-Jährigen mit einem weitaus höheren prozentualen Anteil den letzten Platz bundesweit einnimmt. Und es ist keine Überraschung - besonders betroffen dabei sind Kinder von Hartz IV-Empfänger und Alleinerziehende.

Laut der Mitteilungsvorlage aus dem Jahr 2010 war der Bericht über Ergebnisse und Erfahrungen nur als ein Zwischenbericht und einem laufenden und langwierigen Prozess zu verstehen, sodass also schon allein von dieser Mitteilungsvorlage her eine Fortschreibung zwingend erforderlich ist.

Wir bitten um Zustimmung zu diesem Antrag.

Herr Werner hat eine kurze Bemerkung dazu: Die gute Absicht in Ehren, aber ich glaube nicht, dass die ständigen Berichte irgendetwas gegen Kinderarmut tun. Wirtschaftsförderung ist da viel wichtiger. Ich halte es nicht für sinnvoll, die Kreisverwaltung mit immer neuen Berichten in Gange zu halten. Wir verlangen, dass Kosten eingespart werden und dann so etwas. Da kann ich nicht mitgehen.

Frau Dr. Paschke erklärt, dass mit den Berichten die Schlussfolgerungen und die Konsequenzen und das wenige, was wir auf Landkreisebene machen können, heraus gearbeitet werden soll. Man muss weiter darüber diskutieren. Wir sagen, wir können bei dieser Aufgabe nicht locker lassen. Meine Frage an die Verwaltung ist, ob sich zwischen dem Zwischenbericht und der jetzigen Situation z. B. in der Zusammenarbeit mit der Fachhochschule o. ä. etwas bewegt hat oder ob wir auf dem Stand des Zwischenberichtes sind?

Der Vorsitzende fragt an die Verwaltung gerichtet, ob darauf jemand antworten kann.

Der Landrat bemerkt, dass die Verwaltung dazu Bericht erstatten wird.

Herr Dr. Kühn möchte eine Anmerkung machen. Der Jugendhilfeausschuss hat Frau Dr. Carina Schnirch zum 24. April d. J. eingeladen. Sie wird über Kinderarmut und Vorstellungen möglicher Lösungsansätze sprechen. Frau Schnirch ist diejenige, die diese Studie der Bertelsmann-Stiftung veranlasst hat. Sie kennt sich in der Altmark aus; sie kommt aus Krumke. Ich lade alle herzlich ein.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

mehrheitlich beschlossen

Ja 19 Nein 2 Enthaltung 22

**zu TOP 18 Änderung der Ausschussbesetzung des Kreistages Stendal
- Mitteilungsvorlage -
Vorlage: 319/2012**

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Diskussion.

Zur Mitteilungsvorlage bestehen keine Wortmeldungen.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 19 Anfragen und Hinweise

Frau Dr. Paschke hat die Frage an den Landrat, ob es seit dem Zwischenbericht zur Kinderarmut und der heutigen Sitzung Absprachen zwischen der Fachhochschule und dem Landkreis zur wissenschaftlichen Begleitung des Projektes gab?

Der Landrat antwortet, dass man mit der Fachhochschule im Gespräch über die verschiedensten Projekte sei. Im Detail muss ich aber die Jugendamtsleiterin Frau Müller befragen.

Der Vorsitzende erklärt, dass es also eine schriftliche Antwort geben muss, da Frau Müller heute hier nicht anwesend ist.

Frau Dr. Paschke hat dazu eine Anmerkung und sagt, dass es im Kreistag nicht so sehr viele fachspezifische Anträge gibt. Seitens der Kreisverwaltung müsste man sicher stellen, dass da Antworten gegeben werden können. Wenn die Amtsleiterin nicht persönlich anwesend ist, dann muss es ein anderer wissen, wenn so ein Antrag auf dem Tisch liegt.

Der Vorsitzende erklärt, dass im Moment die Frage nur schriftlich beantwortet werden kann. So sieht es auch unsere Geschäftsordnung vor. Die Beantwortung wird in der entsprechenden Zeit erfolgen.

Frau Braun möchte ebenfalls zur Thematik Kinderarmut sprechen. Wir alle wissen um diese Brisanz. Wir lesen ja auch die Zeitung und wissen, dass wir das Schlusslicht bei der Kinderarmut in Deutschland sind. Ich habe aber noch nie erlebt, dass ein Bericht eine Situation verändert. Durch die Verwaltung werden uns die Berichte sehr gut in Papierform vorgetragen. Wie aber ist die Realität? Wer kontrolliert sie? Das kann nicht die Sache des Kreistages sein oder der Verwaltung an sich. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen vom Grundsatz umdenken. Und das werden auch Analysen und Berichte nicht verändern, wenn wir nicht davon ausgehen, dass wir Kinderfrühförderung betreiben und dass wir in den Kindereinrichtungen ganztags dafür Sorge tragen, dass alle ein vernünftiges Mittagessen bekommen. Oder dass wir die Kindertagesstättenbeiträge senken und nicht erhöhen, wie es die Stadt Stendal getan hat, sondern einkommensabhängig staffeln, so wie es im Land Brandenburg schon möglich ist. Dass wir sowenig wie möglich die jungen Familien bei den niedrigen Einkommen belasten, was Kinderbetreuung und -versorgung angeht. Die wirtschaftliche Situation in unserem Landkreis ist so schlecht, weil die Löhne so niedrig sind. Das ist die Ursache. Ich denke, man soll über diese Dinge nachdenken, wie man sie vom Grundsatz her, von unten verändern kann.

Da sich Herr Rettig zur Geschäftsordnung meldet, unterbricht der Vorsitzende Frau Braun und bemerkt, dass man eigentlich beim Tagesordnungspunkt Anfragen und Hinweise sei. Da passt das Plädoyer nicht hin.

Frau Braun bemerkt, dass es ein Hinweis war.